

# Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Kommunalpolitiker kritisieren, dass Kinder und Jugendliche die Leidtragenden in der Spardebatte der Stadt sind

**Die Schließung der vier Langenhager Jugendtreffs für sechs Wochen ist nach Aussage des Bürgermeisters die Konsequenz aus der Haushaltskonsolidierung. Politiker und Stadtelternrat fordern hingegen, bei der Kinder- und Jugendarbeit nicht zu sparen und die Schließung wieder aufzuheben.**

VON ANJA BARTELT

**LANGENHAGEN.** Schon seit Mai stehe fest, dass die Jugendtreffs am Ende des Jahres für sechs Wochen schließen müssten. „Jeder Fachbereich wurde aufgefordert, bis zum Jahresende 20 Prozent der nicht durch Gesetze oder Verträge gebundenen Haushaltsmittel in eigener Verantwortung einzusparen“, sagt Bernd Niebuhr vom Bürgermeisterbüro. Deshalb hätten sich auch allein die Verantwortlichen der Jugendtreffs für eine vorzeitige Schließung der Einrichtungen ausgesprochen, erklärt Bürgermeister Friedhelm Fischer (SPD). Dadurch könne Honorar gespart werden und die Angestellten könnten Überstunden abbau-

en und Weiterbildungen besuchen, heißt es. Die Kinder und Jugendlichen seien schon lange und schonend auf diesen Umstand vorbereitet worden, heißt es weiter.

Politiker aller Ratsfraktionen sind empört über die Schließung der Jugendtreffs. „So etwas kann doch nur jemandem einfallen, der nicht mehr weiß, wie der Haushalt der Stadt konsolidiert werden soll“, sagt FDP-Fraktionschef Bernd R. Speich. „Ich sage nur: Hilflosigkeit.“ Auch Grünenchef Dirk Musfeldt ist überrascht von der Schließung: „Sparen ist zwar notwendig, aber die Jugendarbeit ist nicht der richtige Startpunkt.“ Marco Brunotte (SPD) weist darauf hin, dass „besonders in der dunklen Jahreszeit ein flächendeckendes Angebot an betreuten Anlaufpunkten wichtig ist“. Kinder und Jugendliche dürften seiner Ansicht nach nicht die ersten sein, die die schwierige Haushaltslage zu spüren bekommen. „Gibt es keine Alternativen?“, fragt Brunotte und weiter: „Schließlich werden mit dem Langenhager Haushalt noch immer 100 Millionen Euro

bewegt.“ Er hat bereits gestern beantragt, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30. November zu setzen. „Ich gehe davon aus, dass das letzte Wort über die Schließung der Jugendtreffs

noch nicht gesprochen ist“, sagt Brunotte.

„Am Anfang eines Jahres wissen wir auch nicht, ob das Budget im Fachbereich Jugend, Familie und Soziales auskömmlich ist, da im Laufe des Jahres viele Bedürf-

nisse dazu kommen“, erklärt dagegen Niebuhr. Weiter heißt es aus der Verwaltung: „Es war uns wichtig, dass wir an Stellen sparen müssen, die die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt am ehesten ertragen können.“

## STADTELTERNRAT FORDERT UMDENKEN

### „Schließung der Treffs ist Schlag ins Gesicht“

**W**ie arm ist Langenhagen eigentlich?“, fragt Steffen Hunger. Auch der Vorsitzende des Stadtelternrates hat die Nachricht über die vorübergehende Schließung der Langenhager Jugendtreffs mit Bestürzung aufgenommen. „Wie weit sind die Verantwortlichen inzwischen von der Realität entfernt?“, fragt Hunger. Haushaltskonsolidierung hin oder her – für den Stadtelternrat, der für die Rechte der Kinder und Jugendlichen eintritt, sei die Schließung der Jugendtreffs „ein Schlag ins Gesicht“. Für eine Stadt wie Langenhagen,

die sich das Motto der Kinderfreundlichkeit auf die Fahne geschrieben habe, ist seiner Ansicht nach diese Vorgehensweise ein Desaster.

Anstatt an der Arbeit in den Jugendtreffs zu sparen, schlägt Hunger vor, dass sich die Verwaltung von Prestigeobjekten verabschiedet. „Zumindest sollten diese Projekte auf Realisierungs- und Einsparmöglichkeiten geprüft werden“, sagt Hunger. Als Beispiele nennt er den interkulturellen Erlebnispark, der im nächsten Jahr mit einem Kunstrasenfeld ein Gesicht erhalten

soll, die Sanierung der Kreuzwippe und das geplante Bad. Die Stadt muss aus Sicht des Stadtelternrates ihre Position überdenken und die geplante Schließung zurücknehmen, fordert Hunger. „Die Jugendlichen haben keine Ausweichmöglichkeiten“, betont Hunger und sagt: „Ich empfehle jedem Anwohner, der sich von Jugendlichen gestört fühlt, sich bei der Stadtverwaltung über sie zu beschweren.“ Aber auch die Politiker nimmt er in die Pflicht: Sie sollten Haushaltsbeschlüsse genau prüfen und wenn nötig, auch korrigieren. aba